

1. Showdown in Brokdorf.

Perspektiven einer neuen Demokratiegeschichte

Es dämmerte in der Wilstermarsch, als Polizeihauptkommissar Michaelis den Sanitätskoffer auspackte. Demonstranten hatten den Maschendrahtzaun um den Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf auf 50 Meter Länge heruntergerissen, ein paar hundert Menschen waren durch das Loch geströmt und schlugen auf dem Bauplatz ihre Zelte auf. Polizei und Werkschutz hatten diesen Bauplatz vier Tage zuvor notdürftig gesichert und schauten nun ohnmächtig zu. Michaelis war Führer einer Einsatzhundertschaft aus Hamburg, und einer der Züge unter seinem Kommando hatte vor dem Zaun Stellung bezogen. Das Loch war ganz in der Nähe, aber sein Zug wurde von aggressiven Demonstranten umzingelt, und der Einsatz von »Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt« verbat sich für Michaelis, weil »die Störergruppen von Frauen mit Kindern unterschiedlichen Alters durchsetzt waren«. So griff der Kommissar zum Verbandsmaterial. »Um die Aggression gegen die eingeschlossenen Polizeikräfte abzubauen, bot ich mich den Störern als Erste-Hilfe-Station an«, schrieb er in seinem Bericht über den Einsatz am 30. Oktober 1976. Es war ein Angebot, das nicht unbeachtet blieb. »Einige verletzte Personen wurden dann auch von uns verbunden. Diese Maßnahme war äußerst wirkungsvoll und wurde ergänzt

durch ständige Diskussionen zum Thema ›Atomkraftwerke ja oder nein‹.«¹

Es war kein Damaskuserlebnis, das dem Polizeihauptkommissar in der Wilstermarsch widerfuhr. Drei Stunden später befahl Michaelis die Räumung des besetzten Geländes, und zwar auf eigene Faust. Zuvor hatte er mit anderen Einsatzleitern gesprochen, bekam jedoch keine klaren Anweisungen. Etwa 1500 Menschen befanden sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Bauplatz, es gab fünf Lagerfeuer und noch mehr Zelte, aber als die Demonstranten durch einen Polizeieinsatz außerhalb des umzäunten Geländes abgelenkt waren, ergriff Michaelis die Initiative. Er setzte Tränengas ein, Polizisten und Werkschutz rückten vor, und einige Beamte griffen zu Schlagstock und Reizgas. Ein Anführer der Besetzer appellierte unterdessen an seine Mitstreiter, sie sollten »sich hinsetzen und von der ›Mörderpolizei‹ verprügeln lassen«. Michaelis ging vor der Räumkette und durchsuchte persönlich die Zelte, als ein Sprecher der Demonstranten behauptete, dass dort verletzte Personen lägen. Er fand in den Zelten jedoch keine Verletzten, sondern nur Schlafsäcke, Plastikplanen, Konserven und »eine mit Milch gefüllte Milchkanne (ca. 25 Liter)«.²

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) schilderte die Ereignisse etwas anders. Ihre Presseerklärung sprach von einem »Polizeieinsatz von unvorstellbarer Brutalität« und forderte Zuchthaus für den Einsatzleiter und den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein. Die Räumungsaktion schilderte die BUU als Einbruch in eine friedliche Idylle: »Ein Zeltdorf wurde aufgebaut und die Bevölkerung begann, die Platzbesetzer mit warmem Tee, Milch und Eßwaren zu versorgen.«³ Auch über das, was nach der Räumung geschah, gab es unterschiedliche Darstellungen. »Das Zeltdorf wurde zusammen mit allen zurückgebliebenen Sachen, darunter auch Kleidungsstücke mit Ausweisen, von der Polizei zusammengetragen und sofort verbrannt«, behauptete die BUU.⁴ Entsprechende Bemerkungen kursierten auch in der Presse, obwohl die Polizei anderes berichtete: »Über 700 Asservate sind in Itzehoe bei der Kriminalpolizeidirektion West sichergestellt worden.«⁵

Das Verhalten der Polizei war freilich nicht das einzige Thema, das die Demonstranten in den folgenden Tagen umtrieb. Ein Teil

der Demonstranten kam aus der linksextremen Szene Hamburgs, und deren interne Rivalitäten spiegelten sich nach der gescheiterten Platzbesetzung in wechselseitigen Vorwürfen. Das Regionalkomitee Wasserkante der KPD-Rote Hilfe veröffentlichte zum Beispiel im Dezember 1976 ein 42-seitiges Heft über Brokdorf, in dem unter der Überschrift »Den Feind in den eigenen Reihen bekämpfen!« in alle Richtungen ausgeteilt wurde. Vertreter von CDU und SPD wollten die Kundgebung nicht direkt am Bauplatz durchführen, sondern auf einer abgelegenen Wiese, Mitglieder von KB-Nord und DKP »forderten die BUU ständig auf, jeden Versuch der Besetzung zu unterlassen«, und dann kam der finale Dolchstoß: Als der Zaun überwunden und die Polizeikräfte zersplittert waren »und mit entschlossenen [sic] Vorgehen der breiten Massen die Besetzung gelungen wäre – in diesem Augenblick begann die D’K’P [sic] und ihnen naheifernd besonders ›eifrig‹ der KBW und auch der KB-Nord zum Abmarsch zu blasen.«⁶

Es ist verlockend, all dies mit dem Abstand von viereinhalb Jahrzehnten in ein gnädiges Licht zu rücken. Die Bilder des Atomprotests gehören zum mentalen Inventar der Bundesrepublik: Demonstranten mit Transparenten, Sitzblockaden gegen Atomtransporte, Wasserwerfer und Hubschrauber im Einsatz gegen mündige Bürger. Nicht selten waren es verstörende Szenen, aber inzwischen betrachtet man sie mit dem Wissen um ein versöhnliches Ende. Die »Schlacht um Brokdorf« haben die Demonstranten verloren, aber der Ausstieg aus der Atomkraft ist beschlossene Sache, und das letzte deutsche Atomkraftwerk soll nach aktueller Planung Ende 2022 vom Netz gehen. Da könnte man es sich einfach machen, einen Toast auf die geglückte Demokratie ausbringen, vielleicht ein paar versöhnliche Worte über die Hitze der Schlacht anfügen und das Thema dann den Kuratoren des kollektiven Gedächtnisses zur weiteren Veranlassung übereignen. Längst hat die Atomkraft einen festen Platz in der bundesdeutschen Meistererzählung der geglückten Demokratie. Heinrich August Winkler erwähnte die Schlacht um Brokdorf bereits vor zwei Jahrzehnten in *Der lange Weg nach Westen*.⁷

Das vorliegende Buch bietet einen Überblick über die wechselvolle Geschichte der Kernenergie in Deutschland. Dabei sollen auch die weniger augenfälligen Aspekte der bundesdeutschen nuklearen

Odyssee angemessen Berücksichtigung finden. Die Atomkraft ist auch ein gutes Stück bundesdeutscher Wirtschaftsgeschichte, sie bietet Einblicke in den Wandel populärer Visionen von Wissenschaft und Technik, sie war Teil des Umgangs mit dem Erbe des Nationalsozialismus und auch ein wenig Kulturgeschichte der Bundesrepublik. Darüber hinaus gibt es jedoch einen Aspekt, der vor dem Hintergrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre besondere Beachtung verdient. Die Geschichte der Kernenergie ist auch ein Lehrstück über Demokratie in Deutschland.

Ein Mikrokosmos der bundesdeutschen Demokratie

Das Reden über Demokratie gehört seit ihren Anfängen zur Bundesrepublik. Das konnte nach der Katastrophe des Nationalsozialismus vielleicht kaum anders sein, und die Erfahrung des Totalitarismus wurde zu einem Leitmotiv der einschlägigen Debatten, das längst auch historiographisch seinen Niederschlag gefunden hat. Mit einem Buchtitel Karl Poppers ging es bei dem politischen Experiment Bundesrepublik um eine »offene Gesellschaft und ihre Feinde«. ⁸ Bedrohungen der Demokratie kamen nach dieser Lesart stets von außen: von unheilvollen NS-Traditionen, von rebellischen Studenten und seit den siebziger Jahren eben auch von Demonstranten gegen Atomkraftwerke. Stets entstanden aus solchen Provokationen lange Konflikte, und für deren Verlauf gab es zwei prototypische Szenarien. Entweder wurde die Bedrohung in mühevollen Auseinandersetzungen niedergerungen, so etwa durch eine selbstkritische Erinnerungskultur, die über mentale und institutionelle Restbestände des Nationalsozialismus triumphierte. ⁹ Oder es gelang, die Provokation in abgeschwächter Form in den Organismus der Demokratie zu inkorporieren wie beispielsweise bei der Jugendrevolte von 1968. ¹⁰ In beiden Fällen zählte die Demokratie am Ende aller Schlachten zu den Gewinnern: entweder durch die Stärkung ihrer Abwehrkräfte oder durch einen Impuls für die Fortentwicklung der offenen Gesellschaft.

Dieses Interpretationsmuster hatte nicht nur den Vorteil, dass sich jede historiographische Beschäftigung mit diesen Konflikten automatisch als Verdienst an der demokratischen Kultur verbuchen ließ. Es sorgte auch für Überschaubarkeit, nicht zuletzt bei den Ak-

teuren: Der Feind stand rechts, auf der Straße oder am Bauzaun. Beim Atomkonflikt lief diese Lesart darauf hinaus, dass sich die wuselige Vielfalt der Akteure in zwei große Lager einsortierte, die sich dann im Zuge der historischen Analyse weiter ausdifferenzieren ließen. Da standen in der einen Ecke die Exponenten des Atomstaats, bestehend aus Großkonzernen, Experten und Politikern, die noch fest an den Fortschritt von Wissenschaft und Technik glaubten. In der anderen Ecke stand eine kritische, umweltbewegte Gegenöffentlichkeit in ihrer ganzen Vielfalt. Meist wusste man in historischen Darstellungen schon nach wenigen Seiten, wo die Sympathien der Verfasser lagen, und bisweilen wurden die Gefühle übermächtig. Bei Dolores Augustine liest man beispielsweise von friedlichen Demonstranten, die Löcher in den Bauzaun von Brokdorf schnitten, als hätte es ein Recht auf Platzbesetzung gegeben.¹¹

Aber ging es im Atomkonflikt tatsächlich nur um den Kampf zwischen Demonstranten und dem nuklearen Komplex? Wer sich näher mit den Akteuren, Argumenten und Interessen beschäftigt, bekommt Zweifel an der Eindimensionalität gängiger demokratiehistorischer Schablonen. Hinter der Frage, ob man für oder gegen Atomkraft sei, verbargen sich weitere Themen. Es ging um Visionen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, um legitime und andere Wege des zivilgesellschaftlichen Protests, um politische Macht und die Macht der Großunternehmen, und in den ersten Jahren schwang in marxistischen Kreisen auch die Hoffnung mit, das Großkapital auf diesem Schlachtfeld zum finalen Kampf zu stellen. Es ging um Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, um Planungssicherheit und wirtschaftliche Macht, und nicht zuletzt ging es auch um die billige Energie, die für moderne Industriegesellschaften unverzichtbar schien. Es gab im Streit um die Atomkraft mehr als eine Konfliktlinie, und diese liefen keineswegs zwangsläufig parallel. Es brauchte auch Entscheidungen in ganz unterschiedlichen Formen: in Gerichtsurteilen, Wahlen, Regierungserklärungen, Verhandlungen und den alltäglichen Entscheidungen der Konsumenten.

Inzwischen erscheint es müßig, den Atomkonflikt entlang der tradierten Linien zu analysieren. Am 30. Juni 2011 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit das Ende der nuklearen Stromerzeugung in Deutschland, und das ist nur auf den ersten Blick

eine deutsche Besonderheit. In allen Ländern des Westens ist die Atomkraft im Niedergang. Weniger eindeutig ist die Zukunft der Demokratie: Sie ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Ursachen sind seit einiger Zeit Gegenstand einer lebhaften Debatte, in der die Geschichtswissenschaft eine wesentliche Rolle spielt, und dabei agiert sie nicht selten mit einem robusten Selbstbewusstsein. Augenscheinlich ist es manchen Autoren überhaupt nicht unangenehm, Farbe zu bekennen. Wenn es um die Demokratie geht, will man gerne Gewissheit.¹²

Es gibt in der historischen Forschung jedoch auch einen anderen Trend, der freilich in der öffentlichen Debatte weniger Wahrnehmung erfährt. Ein buntes Spektrum von Autoren hat in den vergangenen Jahren herausgearbeitet, dass Demokratie in der modernen Geschichte tatsächlich ein ausgesprochen heterogenes und spannungsvolles Projekt war. An die Stelle einer klaren Vision rückt eine kompliziertere Geschichte ständiger Veränderungen und Konflikte, in der sich lokale, nationale und transnationale Entwicklungen miteinander verflechten. Medienkompatible Narrative über Schurken und Helden werden in solchen Büchern rasch unscharf, und das scheinen die Autoren nicht sonderlich zu bedauern. Ute Daniel hat ihr Projekt sogar ausdrücklich als »postheroische Demokratiegeschichte« tituliert.¹³ Dafür versteht man mit solchen Arbeiten besser, wie vielschichtig eine lebendige Demokratie ist. Es geht dabei um sehr viel mehr als um den Willen des Volkes, den auch Diktatoren und Mächtigen-Autokraten gerne im Munde führen. Nicht zuletzt haben solche Arbeiten das Bewusstsein geschärft, dass jede Demokratie im Schatten der Geschichte operiert, und dieser Schatten wurde im Laufe der modernen Geschichte beständig größer.¹⁴

Auch die bundesdeutsche Demokratie war kein Projekt »aus einem Guss«. Es ging im Alltag der bundesdeutschen Politik auch um Rechtsstaatlichkeit und effiziente Verwaltung, um Wahlkampf und Mehrheitsbeschaffung, um Öffentlichkeit und solide Informationen, um institutionelle und konstitutionelle Regeln und die verschiedenen Quellen politischer Legitimation. Diese Einzelprojekte hatten jeweils eigene Voraussetzungen und Folgen, sie forderten unterschiedliche Menschen und unterschiedliche Verhaltensweisen, und es gab keinerlei Garantie, dass alles tatsächlich zusammenpasste.

Mit anderen Worten: Demokratie ist komplizierter, vielschichtiger und fragiler, als sie in eindimensionalen Erzählungen des Erfolgsmodells Bundesrepublik erscheint.

Die Geschichte des Atomkonflikts ist eine gute Gelegenheit, das Leben einer Demokratie in seiner ganzen Komplexität zu studieren. Das »friedliche Atom« warf Grundfragen des demokratischen Zusammenlebens auf, und es tangierte alle Institutionen, auf denen die offene Gesellschaft basierte: Regierungen und Parteien, Medien und Zivilgesellschaft, Gerichte und Verbände, Wissenschaft und Wirtschaft. Es ging um Visionen und Ängste, um Meinungshoheiten und Protest, um politische und wirtschaftliche Macht, um Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt um ziemlich viel Geld. Demokratie lebt vom Gespräch, vom Austausch über Gräben hinweg, sie braucht die Rechtsstaatlichkeit und den Ausgleich der Interessen, die Freiheit des Individuums und die Verlässlichkeit geregelter Verfahren, die Autonomie der Experten und den Wettbewerb auf dem Markt für Ideen und Güter, und nicht zuletzt braucht sie die Gewissheit, dass sich die Menschen bei allen Gegensätzen weiterhin als Mitglieder einer Gesamtgesellschaft verstehen. All dies stand zur Debatte, seit die Kernenergie in den siebziger Jahren zu einem Fixpunkt des politischen Gesprächs wurde. Der Atomkonflikt war ein Mikrokosmos der bundesdeutschen Demokratie.

Die Vielfalt der Meinungen war freilich nur der eine Teil der atomaren Demokratie. Der andere Teil war buchstäblich in Beton gegossen: Die nukleare Kontroverse war auch ein brutaler Zusammenprall zwischen menschlichem Wünschen und Wollen und einer atomaren Technologie mit einem enormen Trägheitsmoment. Nukleare Stromerzeugung brauchte spaltbares Material und eine aufwendige technologische Infrastruktur, und am Ende blieben strahlende Hinterlassenschaften übrig, die sich nicht einfach per Mehrheitsbeschluss aus der Welt schaffen ließen. Der Atomkonflikt vermittelt eine Vorstellung, welche Zumutung die Eigenlogik und Eigendynamik des Materiellen für offene Gesellschaften darstellen.

All dies bedeutet wohlgermerkt nicht, dass man aus der Erfahrung zweier Diktaturen für die demokratische Kultur nichts lernen könnte. Die bundesdeutsche Erinnerungskultur ist eine demokratische Errungenschaft ersten Ranges, die man noch einmal etwas

mehr zu schätzen weiß, wenn man sich zum Beispiel in seiner Heimat mit den spätimperialen Hinterlassenschaften des britischen Rumpfstaaes herumschlagen muss. Aber mit den Lehren aus einer üblen Geschichte kommt man nur bis zu einem gewissen Punkt: Demokratie braucht rote Linien, aber es reicht nicht aus, wenn man sich vor allem auf die Grenzen und die neuralgischen Zonen eines Spielfelds kapriziert. Demokratie wird täglich neu gelebt und dabei immer wieder neu erfunden, und das passiert meist nicht mit der intellektuellen Sauberkeit eines Universitätsseminars, sondern im schmutzigen Alltag an allen möglichen Orten: in der verrauchten WG-Küche, im Polizeiwagen, im Schlamm der Wilstermarsch. Man sollte sich Demokratie nicht zu majestätisch vorstellen, und erst recht sollte man nicht der Illusion erliegen, dass Demokratie irgendwann tatsächlich fertig ist. In einer Zeit, in der viele Menschen ratlos auf die Wut an den Rändern der Gesellschaft starren, könnte der Blick auf die siebziger Jahre helfen, als der Atomprotest weite Teile der politischen Klasse ähnlich ratlos zurückließ.

Die klassische Interpretation des Atomkonflikts führte meist ins südbadische Wyhl. Die Gemeinde am Kaiserstuhl wurde zum Inbegriff des Bürgerprotests und zum Studienobjekt zahlreicher Bewegungsforscher, und später wurde Wyhl in den »Deutschen Erinnerungsorten« als Fixpunkt des kollektiven Gedächtnisses kanonisiert.¹⁵ Diese Einleitung kehrt wiederholt nach Brokdorf zurück, das damit zugleich als komplementärer Erinnerungsort einer neuen bundesdeutschen Demokratieggeschichte vorgeschlagen werden soll. Brokdorf fehlte die moralische Eindeutigkeit, die Wyhl zum gefeierten Ursprung der nuklearen Kontroverse avancieren ließ. Während der Protest in Wyhl friedlich blieb, eskalierte in Brokdorf wiederholt die Gewalt, die Wilstermarsch wurde nicht zu einer Hochburg der Alternativkultur wie das Wendland um Gorleben, der Reaktor wurde allem Widerstand zum Trotz tatsächlich gebaut, und wenn man ehrlich ist, konnte der Norden den Atomstrom auch ganz gut gebrauchen. In Brokdorf verbinden sich die unterschiedlichen Dimensionen des Konflikts: die Auseinandersetzungen am Bauplatz, der Kampf vor Gericht, die atomare Technologie und die Energiefrage, der Dauerstreit unter Gegnern und Befürwortern um die richtige Strategie, der Staat in seinen verschiedenen Inkarnationen

und nicht zuletzt die Frage, wer eigentlich Entscheidungen treffen sollte. Michaelis sollte nicht der Letzte bleiben, der bei der Kernenergie vergeblich nach jemandem suchte, der Verantwortung übernehmen wollte.

Protest

Brokdorf war nach Wyhl der zweite Ort, an dem Zehntausende von Menschen gegen den Bau eines Atomkraftwerks auf die Straße gingen. Es folgten weitere Demonstrationen in Gorleben, Grohnde, Kalkar, Bonn, Wackersdorf und anderen Orten. Es ging gegen verschiedene Projekte, es gab den Massenprotest und Mahnwachen mit einer Handvoll Teilnehmern, es gab lokale Bezüge und transnationale Vernetzungen, und auf jede Aktion folgte eine Kette von Kommentaren. Der Atomkonflikt war auch ein gigantisches Diskursprojekt, das von den Gefahren der nuklearen Technologie über die Gewalt bis hin zu der Frage reichte, wen man eigentlich bekämpfen wollte. Man musste nicht unbedingt Teil des nuklearen Komplexes sein, um ins Visier der Anti-Atomkraft-Bewegung zu geraten. Es reichte schon, wenn man nicht hinreichend engagiert wirkte wie etwa der SPD-Politiker Jo Leinen, der am 10. März 1985 zum Opfer eines Tortenattentats wurde. Das Bild ist heute bei Getty Images verfügbar.

Der Protest gegen die Atomenergie war zu keinem Zeitpunkt eine homogene Bewegung. In Brokdorf kam es bei einer Großdemonstration am 19. Februar 1977 sogar zu zwei getrennten Veranstaltungen an verschiedenen Orten. Der Kampf wurde nicht nur am Bauzaun geführt, sondern vor Gericht, in Veranstaltungen der Evangelischen Akademien und am häuslichen Schreibtisch, wenn zum Beispiel die nächste Ausgabe von *X-tausendmal quer* getippt werden wollte. Es gab die Aktiven, die über Jahrzehnte kämpften, und viele andere, die hier und da mal vorbeischaute. Unter den Demonstranten von Brokdorf befanden sich belesene Marxisten, die im Atomstaat eine Manifestation des staatsmonopolistischen Kapitalismus erkannten, gewaltbereite Chaoten, die für ein paar Stunden Bürgerkrieg spielen wollten, aber auch bußfertige Christen und viele Menschen aus der Region, die Angst vor radioaktiven Strahlen hatten. In Brokdorf meldete sich auch eine maoistische K-Gruppe

zu Wort, die den Monopolkapitalisten »die wirklich sozialistischen Länder, voran die Volksrepublik China« gegenüberstellte: »Unter der Diktatur des Proletariats ist dort der Bau auch nur eines Kraftwerkes, einer Eisenhütte oder einer Chemieanlage verboten, wenn nicht die Frage der nützlichen und umweltfreundlichen Weiterverwertung des Abfalls oder der Abgase gelöst ist.«¹⁶

Die Vielfalt des Protests ist eine Herausforderung für Historiker, zumal es nicht wenigen Aktiven ein Bedürfnis war, das eigene Handeln und die eigenen Motive wortreich zu erläutern. Selbst zum Tortenanschlag auf Jo Leinen gab es ein Flugblatt, in dem das »Kommando ›Oliver Hardy«« ebenso hämisch wie weitschweifig die eigenen Beweggründe darlegte.¹⁷ Zum Atomprotest gehörten flatternde Nerven und fliegende Schlagstöcke, zahllose Flugblätter und Postillen, denen man die Genese in endlosen Gruppensitzungen anmerkte, es gab die Verbissenheit des langjährigen Kampfes und die Resignation, wenn es irgendwann nicht mehr ging, und jede Auswahl steht unvermeidlich im Ruch der Willkür. Die Vielstimmigkeit der Bewegung ist nicht nur ein Darstellungsproblem. Bei selektiver Lektüre lässt sich auch für steile Thesen passendes Belegmaterial finden.

Wer die Vielfalt der Bewegung erfahren will, muss heute nicht mehr ins Archiv fahren. Es gibt eine florierende atomare Erinnerungskultur, häufig von Veteranen des Protests getragen, und oft spricht daraus der Stolz auf den eigenen Beitrag zu einer lebendigen Demokratie. Es gibt Ausstellungen und Zeitzeugengespräche, nicht wenige Veröffentlichungen erreichen wissenschaftliches Niveau, und manchmal gibt es sogar einen Schuss Selbstironie. »Erinnerungen alternder Linker an ihre vermeintliche Glanzzeit sind generell mit Vorsicht zu genießen«, heißt es im Vorwort einer fünfbändigen Selbstdokumentation, die in der »Bibliothek des Widerstands« des Laika-Verlags erschien. »Oft erscheint ihnen Jahrzehnte später manches harmonischer, als es wirklich war.«¹⁸

Der Atomprotest war bunt, und das war nicht der unwichtigste Grund, warum ihm nicht irgendwann die Luft ausging. Es war schließlich nicht von vornherein ausgemacht, dass der Protest über Jahrzehnte lebendig bleiben, und erst recht nicht, dass er am Ende sein Ziel erreichen würde. Es gab in der bundesdeutschen Ge-

schichte mehr als ein Thema, das für einige Zeit die Massen bewegte, aber dann ohne große Folgen verläpperte. Manche dieser Themen brachten deutlich mehr Menschen auf die Straße als die Angst vor dem nuklearen GAU: so etwa der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss Anfang der achtziger Jahre oder die Hartz-IV-Demonstrationen. Es war ein langer Weg vom Bauzaun in Brokdorf zum Bundestagsbeschluss von 2011, und es gab Momente, in denen die Dinge einen anderen Lauf hätten nehmen können. Der Atomprotest hätte sich auch in dumpfen Ressentiments und larmoyanten Klagen über die Ungerechtigkeit der Welt erschöpfen können, so wie dies heute bei rechtspopulistischen Bewegungen zu beobachten ist.

Wenn man vom Atomprotest der siebziger Jahre auf frühere Jahrzehnte schaut, fällt eine emphatische Bewertung leicht. Die Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke waren gewissermaßen die finale Ratifikation einer Fundamentalliberalisierung, die nach gängiger Lesart in »die Zeit zwischen etwa 1959 und 1973/4 als Kernphase« fiel und seither der demokratischen Kultur der Bundesrepublik zugrunde liegt.¹⁹ Kompliziert wird es, wenn man den Blick von Wyhl und Brokdorf in Richtung Gegenwart richtet. Verklärende Protestromantik wirkt unzeitgemäß in einer Gesellschaft, der im Zeichen von Pegida und Corona-Protesten das Rohe, Ungehobelte, Verstörende einer Protestbewegung lebhaft vor Augen steht. Demonstrationen bringen Dinge in Bewegung, ohne dass zwangsläufig ein klares Ziel zu erkennen wäre. Protest ist immer eine Provokation, ein Bündel aus Wünschen und Emotionen, das den Mächtigen entgegengeschleudert wird, und es ist vollkommen offen, ob der Organismus der Demokratie das zu verdauen vermag. Am Zaun von Brokdorf regierten die Wut und die Angst, Gewalt lag in der Luft, und es waren nicht nur Polizisten, die am 30. Oktober 1976 handgreiflich wurden. Kurz bevor Michaelis zum Sanitätskoffer griff, hatten Demonstranten versucht, »durch heftiges Schaukeln ein Gruppenfahrzeug umzuwerfen«, und das scheiterte nur deshalb, weil der Wagen dicht an einer Leitplanke stand. Michaelis blieb ruhig und befahl seinen Beamten über Funk, »aufzusitzen und keine Maßnahmen ohne meine Anweisung durchzuführen«, aber das machte ihn noch längst nicht zum Samariter. Seine Erste-Hilfe-Aktion hatte auch »zur Folge, daß der Hundertschafts-Trupp und der

IV. Zug sich allmählich etappenweise in Richtung B 431 entfernen konnten«. ²⁰

Im Wissen um das Folgende kann man die Aktion deshalb auch als erfolgreiches Täuschungsmanöver bewerten. Aber ob das auch die Absicht des Polizeiführers war, als er das Verbandsmaterial hervorholte? Michaelis hat das keineswegs behauptet – er wollte nach eigenem Bekunden nur eine angespannte Situation entschärfen –, und auch bei der Gegenseite sollte man sich vor nachträglichen Rationalisierungen hüten. Im Vorfeld der Demonstrationen wurde diskutiert und geplant, aber das bedeutet nicht, dass sich hinter jeder Aktion ein klares Kalkül verbarg. Protest entwickelte sich stets auch spontan, Aktive reagierten auf die Polizei, Medienvertreter und das ständige Gespräch mit vielfältigen Mitstreitern, und das verleiht dem Protest eine inhärente Unschärfe, die leicht hinter fein zisierten Analysen von Leitmotiven und Kerngruppen verschwindet. Das macht es auch unbefriedigend, den Atomprotest auf ein Grundgefühl zu reduzieren, wie das Frank Biess in *Republik der Angst* versucht hat. Es gab am Bauzaun auch noch ein paar andere Gefühle – Hass, Trotz, Frust, Solidarität, um nur einige zu nennen –, und leicht werden Akteure bei einer solchen Analyse zu gesichtslosen Trägern emotionaler Regungen, die jenseits von Raum und Zeit zu schweben scheinen. ²¹ In Brokdorf und anderswo handelten Menschen mit Erfahrungen, Wissen und Interessen, und sie dachten nicht nur an ihren Gefühlshaushalt, sondern zum Beispiel auch an ihre Karrieren. Man kann die Langlebigkeit nuklearer Zukunftsträume wohl nur dann verstehen, wenn man bedenkt, dass da Menschen um ihren Arbeitsplatz fürchteten, und das sollte man schon deshalb nicht für illegitim erklären, weil es auf der Gegenseite nicht anders aussah. Auch leidenschaftliche Kämpfer gegen die Atomkraft dachten ab und zu an das eigene Vorstrafenregister und den Radikalenerlass für Bewerber im öffentlichen Dienst.

Der 30. Oktober 1976 war ein ungemütlicher Herbsttag, die Wetterstation am Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel verzeichnete bedeckten Himmel, leichten Regen und eine Durchschnittstemperatur von 5,8 Grad Celsius. Es war kein Vergnügen, bei solchen Bedingungen in der Wilstermarsch zu marschieren, und das ist nicht der einzige Grund, warum die Demonstranten Respekt verdienen. Eine

Demokratiegeschichte, die vom Respekt vor dem zivilgesellschaftlichen Engagement zehrt, ist ja keineswegs grundfalsch, sondern nur ziemlich unvollständig. Der Atomprotest der siebziger Jahre markierte eine Zäsur in den Debatten, die sich seit den fünfziger Jahren um die zivile Nutzung der Atomkraft entwickelt hatten, aber daraus waren ganz unterschiedliche Entwicklungen vorstellbar, darunter auch einige, die der bundesdeutschen Demokratie nicht gut bekommen wären. In jedem Fall mahnt der Respekt vor dem Protest auch zur Zurückhaltung mit simplen Zuschreibungen von Weltanschauungen, teleologischen Verortungen oder psychologischen Interpretationen, die politische und mentale Ordnung suggerieren, wo sie nicht war. Der Atomprotest der siebziger Jahre war divers und dynamisch, und jeder Versuch, ihn in ein klares Interpretationsschema zu pressen, sagt letztlich mehr über die Autoren als über die Sache.

Protest stiftet Unruhe, und das nicht nur unter Historikern und Sozialwissenschaftlern, die nach Modellen für eine komplizierte Wirklichkeit suchen. Michaelis war einer von zahlreichen Polizeiführern, Politikern und Managern, die nach Antworten auf den Unmut suchten, und das keineswegs aus eigenem Antrieb, sondern weil es sein musste: Man steckte da halt drin. So lief der Atomprotest zunächst vor allem darauf hinaus, in der politischen Sphäre einen neuen Möglichkeitsrahmen zu schaffen. Die Demonstranten navigierten in diesem Rahmen jedoch zu keinem Zeitpunkt autonom, und in diesem Möglichkeitsrahmen kam man mit Demonstrationen und Platzbesetzungen nicht allzu weit. Man brauchte auch Argumente und Zuhörer, die für diese Argumente empfänglich waren.

Meinungskampf

Als die Menschen in Wyhl und Brokdorf protestierten, wurde in der Bundesrepublik bereits seit zwei Jahrzehnten über Atomenergie diskutiert, und diese Debatten waren wiederum Teil eines internationalen Austausches von Ideen, Plänen und Technologien. Die wesentlichen Debatten fanden zunächst vor allem innerhalb einer schmalen Funktionselite statt. Seit Hiroshima und Nagasaki gab es populäre Ängste vor der Urgewalt des Atoms, wenig später ergänzt durch ebenso populäre Hoffnungen auf das »friedliche Atom«, aber Entscheidungen wurden meist jenseits des Scheinwerferlichts in

einem engen Zirkel von Politikern, Spitzenbeamten, Forschern und Managern getroffen. In der Bundesrepublik war zunächst nur die militärische Dimension der Kernenergie kontrovers, während die zivile Nutzung auf einem breiten politischen Konsens beruhte. Die Kernenergie galt in der Nachkriegszeit als Schlüsseltechnologie und ultimativer Beweis wissenschaftlich-technologischer Kompetenz, und da musste ein modernes Industrieland wie die Bundesrepublik selbstverständlich bestrebt sein, in der Weltliga mitzuspielen. Diskussionsbedarf gab es lediglich über Prioritäten und Wege, und das war eher ein Thema für Funktionseliten. Im Wissenschaftsteil der *Frankfurter Allgemeinen* wurde zum Beispiel ein langjähriger Streit zwischen den Verfechtern von Natrium- und Dampfbrütern ausgefochten.²²

Das änderte sich mit den Protesten von Wyhl und Brokdorf. Die beiden Reaktorprojekte waren nicht die ersten, die kritische Fragen aus der Nachbarschaft provozierten und die Gerichte auf den Plan riefen. Ein erster Meilenstein der nuklearen Kontroverse war ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. März 1972, das auf die Klage einer frühen Bürgerinitiative gegen das Kernkraftwerk Würiggassen an der Oberweser zurückging. Das Würiggassen-Urteil räumte dem Schutz vor den Gefahren der Kerntechnik Vorrang vor der Nutzung ein und forcierte damit die Sicherheitsdebatte.²³ Aber erst als Menschen zu Tausenden auf die Straße gingen, wurde aus diesen Anfängen eine breite gesellschaftliche Debatte, in der alle Träger der öffentlichen Meinung von den Parteien bis zu protestantischen Pfarrern Farbe bekennen mussten.

In der historischen Literatur werden Protest und Meinungsstreit oft miteinander vermischt, als handele es sich um zwei Seiten derselben Medaille. Es lohnt sich jedoch, beides als unterschiedliche Aktivitäten mit jeweils eigener Handlungslogik zu diskutieren. Es war eine Sache, mit Protestaktionen und Platzbesetzungen öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen, aber eine ganz andere, Sympathie und Unterstützung aus weiten Teilen der Bevölkerung zu gewinnen. Es gab nicht viele Bürger, die sich mit einem Reaktorprojekt in der unmittelbaren Nachbarschaft konfrontiert sahen. Es ist auch durchaus offen, ob die Bürger, die in den siebziger Jahren an einer Demonstration gegen ein Atomprojekt teilnahmen, mehr als ein Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung ausmachten.²⁴